

Studienreise nach Kroatien, Bosnien und Herzegowina

Von Ivan Brèia und Franziska Müller, Berlin

Im Sommersemester 2001 fand unter der Leitung von Carl Bethke, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Osteuropa-Institut der FU Berlin, ein Seminar zum Thema „Der Krieg gegen Bosnien und Herzegowina“ statt. Auf Anregung von Herrn Bethke entstand die Idee, anschließend die Region zu besuchen. Gemeinsam mit dem Seminar für deutsches, kroatisches und europäisches Recht (Zentrum Split/Berlin) unter der Leitung von Prof. Dr. Herwig Roggemann fand dann die Exkursion zum Thema „Postjugoslawische Friedensordnung und EU-Annäherung – rechtliche, politische und historische Aspekte“ vom 2.9. – 16.9.2001 statt.

Split und Me•ugorje

Ausgangspunkt unserer Reise war die dalmatinische Hafenstadt Split. Die 1700 Jahre alte Stadt blickt auf eine lange Geschichte zurück. Aus dem Diokletianspalast, der dem römischen Christenverfolger und Reorganisatoren Diokletian als letzter Ruhesitz diente, entwickelte sich durch die Jahrhunderte die Stadt Split. Die Stadt steht heute vor enormen Transformationsproblemen. Der Krieg, seine Folgen und die verfehlte Nachkriegspolitik der damaligen HDZ-Regierung unter Tu•man wirkten sich negativ auf die Privatisierungsstrategie aus. Mit der Dezentralisierung Kroatiens nach den Wahlen im Jahr 2000 hat die Region nun Autonomie erhalten. Beim Empfang bei Prof. Dr. Lukšia, dem Präsidenten des Regierungsbezirks, informierte uns dieser über die Lage der Region. Lukšia, der dem Kroatischen Block, einer Mitte-Rechts-Koalitionspartei angehört, macht die neue Regierung unter Ivica Raëan für die marode Wirtschaftslage und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die riesigen Fabriken aus der sozialistischen Zeit gehen in Konkurs. Die Frage, ob solche Betriebe auf dem neuen Arbeitsmarkt überhaupt noch rentabel sind, lässt der Präsident außer Acht. Wie andere Transformationsländer und ihre Regionen, so kämpft auch Dalmatien um mehr ausländische Investitionen. Hauptaufgabe der Mitte-Rechts-Koalition sei die Verhinderung der Schaffung eines dritten Jugoslawiens. Nach Aussage von Lukšia hätten die „Kolonialmächte des ersten und zweiten Weltkrieges“ eine große Rolle in der Region gespielt und das kroatische Volk zum Spielball fremder Mächte gemacht. Kroatien sei ein mitteleuropäisches und mediterranes Land und dürfe auf keinen Fall einer westbalkanischen Union angehören. Das Land solle auch nicht zu schnell der Europäischen Union beitreten, sondern sich nach dem Vorbild der Skandinavier langsam auf den Beitritt vorbereiten.

Die Privatisierung von Medienunternehmen geht schleppend voran. Ein Beispiel der verfehlten Privatisierung stellt das Zeitungshaus *Slobodna Dalmacija* dar. Das Haus ist Anfang der 90er Jahre in die Schlagzeilen geraten. Seit 1993 ist es quasi privatisiert, doch halten der Staat und staatlich dominierte Betriebe 70 % der Anteile. Heute steht

das Haus vor der endgültigen Privatisierung. Kovaèia, der Präsident der Direktion, der nach dem politischen Wandel von der Geschäftsführung eingesetzt wurde, um das neue Programm durchzuführen, meint, dass der Staat an einer solchen Privatisierung interessiert sei, um die Schulden von über 23 Mio. DM zu tilgen. Ihre weit reichende Tradition als unparteiisches, kritisches und liberales Blatt wolle die Zeitung wieder zurückgewinnen. Auch seien die „hate speeches“ und die Hetzkampagnen endgültig aus der Zeitung verbannt. Nach einem Jahrzehnt der Verwirrung und der nationalistischen Tendenzen im kroatischen Journalismus bleibe zu hoffen, so die Redaktion, dass die Restrukturierung des Hauses erfolgreich ablaufen werde.

Den ersten Tag unserer Exkursion in Bosnien und Herzegowina (weiter BuH) verbrachten wir in den beiden wichtigsten religiösen Zentren der katholisch-kroatischen Bevölkerung in der westlichen Herzegowina, Me•ugorje und Široki Brijeg. Dieser westliche Teil der Herzegowina ist innerhalb des multiethnischen Staates nahezu gänzlich katholisch-kroatisch besiedelt. Die großkroatische Politik Tu•mans und seine HDZ zielte während des Krieges und auch heute noch auf die Angliederung der Herzegowina an Kroatien. Eine große Anzahl von Franziskanern der Provinz unterstützten in der Öffentlichkeit und auch in den Gottesdiensten deutlich diese Politik. Me•ugorje gehört heute zu den bekanntesten Marienwallfahrtsorten weltweit. Doch seine Diözese ist keine ruhige Gegend. Der Konflikt zwischen den Weltpriestern und den Franziskanern geht bis ins 14. Jh. zurück. Dabei geht es um die Kontrolle über die vielen Pfarreien. Me•ugorje wird von den Franziskanern verwaltet, welche jedoch dem Bischof von Mostar den Treueid verweigern. Široki Brijeg ist das zentrale Kloster der Herzegowina. Im 19. Jahrhundert unter osmanischer Herrschaft erbaut, wurde es im Zweiten Weltkrieg von den Partisanen teilweise zerstört. Dabei sind 23 Franziskaner ums Leben gekommen. Nach dem Krieg entwickelte sich ein steigender Antagonismus zwischen den Franziskanern und der Kommunistischen Partei. Die Franziskaner wiesen uns auf die historische Verbundenheit zwischen ihrem Orden und der katholischen Bevölkerung hin. Denn die Rolle der Religion sei besonders in BuH bei der Bildung von ethnischer, später dann auch nationaler Zugehörigkeit von Bedeutung. Der Komplex von Široki Brijeg umfasst neben dem Kloster auch ein Gymnasium sowie eine Kunstakademie. Die Region sei als Bildungszentrum für die bosnischen Kroaten von enormer Bedeutung. Die Franziskaner selbst verstehen sich als Bewahrer und Pfleger der katholisch-kroatischen Identität.

Mostar

Weiter ging die Exkursion nach Mostar. Die Stadt war vom Krieg stark betroffen, und die Spuren sind noch deutlich zu sehen. Seit dem Krieg ist Mostar in einen kroatischen

und einen muslimischen Teil gespalten. Wir besuchten die Universität, welche nur ein Beispiel für die Trennung der Stadt ist. Nach Aussagen des Rektors befindet sich im westlichen Teil die einzige kroatische Universität in Bosnien, die aber dennoch offen für Studenten und Professoren anderer Nationalitäten ist. Es wird jedoch großer Wert darauf gelegt, dass man eine eigene kroatische Uni besitzt, in der in kroatischer Sprache unterrichtet wird. Eine mögliche Vereinigung mit dem Ostteil der Universität wird als Bedrohung der kroatischen Identität angesehen. Kooperation gäbe es schon, aber an eine Zusammenlegung sei nicht zu denken.

An der juristischen Fakultät entstand eine Diskussionsrunde über das Dayton-Abkommen. Ein Professor bezeichnete das Abkommen als „hybriden Bastard“. Zwar habe das Abkommen, das 1995 von allen Kriegsparteien unterzeichnet wurde, den blutigen Krieg beendet, jedoch bietet es aus der Sicht unserer Gesprächspartner keine Lösungen für die Zukunft eines gemeinsamen bosnischen Staates. Deswegen fordern sie eine Revision des Abkommens. Weiterhin bemängeln sie, dass alle Entscheidungen des Verwaltungsgerichts vom OHR (Office of the High Representative) abhängen. Unsere Gesprächspartner wünschen sich die Umwandlung BuH's in eine Föderation von drei gleichberechtigten Entitäten. Doch das Agreement sieht nur zwei, die Republika Srpska (weiter RS) und die Föderation, vor. Die Serben hätten einen „Staat im Staate“ bekommen, von dem sie auch nicht abrücken wollen.

Sarajevo, Jajce, Banja Luka

Die Weiterfahrt führte uns durch die Berge Bosniens nach Sarajevo. Dort hatten wir einen Empfang bei Herrn Spahić, dem Stellvertreter des Rais-ul-ulema, dem höchsten Würdenträger der islamischen Gemeinde BuH's. Dieser stellte uns seine Sicht der Verhältnisse dar. Durch die schlechte wirtschaftliche Situation in Bosnien wandern viele junge Leute ins Ausland aus. Lukrative Aufträge würden von Vertretern der internationalen Gemeinschaft an ausländische Unternehmen vergeben und nicht im Inland ausgeführt, wie z.B. das Drucken von Wahlzetteln oder Personaldokumenten. Die islamische Gemeinde sei unabhängig vom Staat und von anderen islamischen Staaten. Die Finanzierung erfolge über Privatspenden. Ausländische Geldgeber, überwiegend aus islamischen Ländern, seien vor allem an sichtbaren Zeichen ihrer Spenden interessiert, wie zum Beispiel dem Bau großer Moscheen. Herr Spahić steht dieser Entwicklung kritisch gegenüber, da er diese Gelder lieber in Industrieanlagen investiert sähe. „Investition in den Menschen, nicht in die Moscheen“ so sein Motto für die Zukunft Bosniens. Den Dayton-Vertrag bezeichnete er als „notwendiges Übel“, da er einerseits den Krieg beendet, andererseits jedoch den Aggressor belohnt habe. Weiterhin besuchten wir das OHR, die „Oberste Instanz“ des Bosnischen Staates. Diese Mammutorganisation von über 700 internationalen und nationalen Mitarbeitern in über 600 Regionalbüros verfolgt die Strategie „mehr Peitsche als Zuckerbrot“. Nach dem Annex 10 des Dayton-Abkom-

mens wird das Protektorat Bosnien und Herzgowina vom OHR verwaltet. Eine der Hauptaufgaben bestehe darin, die Gemeinden und Kantone zu überzeugen, staatliche Gewalt an das Zentrum abzugeben. Weitere Prioritäten seien: Flüchtlingsrückführung, Institutionenbildung, ökonomische Entwicklung und Einhaltung der Gesetze. Bisherige Erfolge seien die Absetzung von Reformgegnern und die Errichtung eines gemeinsamen staatlichen Grenzschutzes. Das Dayton-Abkommen wird von den Mitarbeitern des OHR als eine Plattform gesehen, welche reform- und ausbaufähig sei.

Wir besuchten außerdem das Bosniakische Institut, welches erst im Mai 2001 eröffnet wurde. Das Institut ist sehr modern und wurde vom Bosnier Vakuf-Adil Zulfikarpašić gegründet. Dieser sammelte und untersuchte Hinterlassenschaften aus der bosnischen Vergangenheit und befasste sich Jahrzehnte lang mit dem bosnischen Erbe. Das Institut untersucht die Geschichte von bosnischen Kroaten und Serben und muslimischen Bosniern auf der Balkanhalbinsel und in Europa. Aufgabe ist die Förderung kultureller, geschichtlicher und wissenschaftlich-künstlerischer Aktivitäten sowohl der Bosniaken als auch von Völkern, die mit den Bosniaken zusammengeliebt haben. Weiter auf dem Programm standen in Sarajevo eine ausführliche Führung durch die nach dem Krieg modernisierte islamische Universität und ein Gespräch mit Mato Tadić, ehemaliger Justizminister von BuH und Ombudsmann der Kammer für Menschenrechte in Bosnien, der uns über die Flüchtlingsrückkehr erzählte und mit dem wir lebhaft diskutierten. Weiter ging es in die zentralbosnische Stadt Zenica. Dort wurden wir von Alexander Rothert, ehemaliger Mitarbeiter der OSZE und jetzt OHR, begrüßt. Er gab uns einen Überblick über die aktuelle Situation in der Region. Während und nach dem Krieg hätten nationalistische Parteien das Land wirtschaftlich ausgeplündert. Die Privatisierung giere ins Stocken. Hohe Arbeitslosigkeit in der ehemaligen Industrieregion Zenica gäbe nur zu wenig Hoffnung auf Besserung Anlass. Nur langsam verlieren nationalistische Parteien an Macht und bilden sich alternative Parteien. Die Aufgabe von Herrn Rothert besteht in Demokratisierungsarbeit. Seminare und Training sollen Hilfe beim Wiederaufbau leisten. Ein Beispiel: In der Gemeinde •epë sind die Kantone administratorisch zwischen Kroaten und Moslems aufgeteilt. Das OHR versucht, in Zusammenarbeit mit der OSZE, solche parallelen Strukturen aufzulösen und Integration zu fördern.

Auf unserer Weiterreise in die Republika Srpska hielten wir in der mittelbosnischen Stadt Jajce. Diese Stadt ist von historischer Bedeutung, da hier 1943 das zweite Jugoslawien ausgerufen wurde. In Banja Luka trafen wir den dortigen katholischen Bischof Franjo Komarica, der uns berichtete, dass die Situation der katholischen Kirche in der RS besonders schwer sei. In seiner Rede kritisierte er das Verhalten der internationalen Gemeinschaft während des Krieges und auch heute noch. Mehr Glaubwürdigkeit und Entschlossenheit wünsche er sich von den Politikern. Sich selbst sieht er als Vertreter der Entrechteten, nicht ausschließlich als Vertreter der Katholiken. Über 220 000 ka-

tholische Kroaten sowie Moslems wurden während des Krieges aus der heutigen RS vertrieben, nur 4000 kehrten zurück. Bei unserem Aufenthalt in Travnik besuchten wir neben einem Natur- und Völkerkundemuseum und der mittelalterlichen Festung das Geburtshaus des Nobelpreisträgers Ivo Andriæ

Das Land, welches in den letzten Jahren ständig in der Weltpresse präsent war, verließen wir mit gemischten Gefühlen und neuen Eindrücken und fuhren zurück nach Split.

Schatten der Vergangenheit

An der juristischen Fakultät fand der zweite Teil unserer Seminarexkursion statt. Prof. Demandt von der FU Berlin leitete mit dem Titel „Diokletian in der Geschichte Dalmatiens“ das Seminar ein. Es folgten Beiträge über die internationalen Strafgerichtshöfe von Nürnberg und Tokio bis zu dem heutigen ITCY-Tribunal in Den Haag. In der Diskussion wurden verschiedene Fragen vertieft, so die Perspektive eines Weltgerichts, das Verhältnis von Recht zu Politik und insbesondere auch die Frage, ob das in der kroatischen Öffentlichkeit vorzufindende Bild der „ungerechten“ Verteilung der Tätigkeit des ITCY durch Fakten zu belegen ist.

Am Ende unserer Exkursion nahmen wir an der deutsch-kroatischen Juristen-Fachtagung unter der Schirmherrschaft des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kroatien, Dr. Weiss, in der Wirtschaftskammer in Split teil.

Abschließend lässt sich sagen, dass unsere Bemühungen, eine klare Vorstellung von der postjugoslawischen Realität zu entwickeln, uns oft mit dem Krieg der 90er Jahre konfrontierten; das Erbe der sozialistischen Zeit und die Narben des jüngsten Krieges sind noch überall präsent. Die nationalen und internationalen Initiativen zur politischen und gesellschaftlichen Erneuerung entwickeln sich sehr schleppend. Unter den Menschen, besonders unter den Jüngeren, trafen wir jedoch auch immer wieder auf Optimismus.

Ivan Brèiæ studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut und Neuere Geschichte an der FU Berlin.

Franziska Müller studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin und Kulturwissenschaften an der HU Berlin.